

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Frieden & Internationales  
Beschlussdatum: 05.01.2025

## Änderungsantrag zu WP-01-K3

### Von Zeile 1177 bis 1182 einfügen:

Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des Soldaten / der Soldatin als "Staatsbürger in Uniform" sowie die Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft sind von fundamentaler Bedeutung für die Schutz und die Verteidigung von Recht und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten. Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine große gesellschaftliche Verantwortung für alle, die in ihr dienen und dienen. Eine umfassende Versorgung ist Teil dieser Verantwortung. Wir stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Die Rekrutierung Minderjähriger lehnen wir ab. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer bereit war, sein Leben für den Frieden

## Begründung

Die Prinzipien der Inneren Führung sind essentiell für die Bundeswehr als Streitkraft für und im demokratischen Rechtsstaat und in der Gesellschaft, für ihre Einsatz- und Friedensfähigkeit. Es gibt glaubwürdige Hinweise, dass in Teilen der Bundeswehrführung Innere Führung im Kontext der Herstellung von "Kriegstüchtigkeit" in den Hintergrund trete.

Kinderrechte sind Menschenrechte und Deutschland hat die Kinderrechtskonvention ebenso wie die der Menschenrechte unterzeichnet und muss sich daran halten.

Siehe dazu aber auch: (Wahlprogramm 2021, Seite 253), (alter Koalitionsvertrag Seite 119) und Merle Spellerberg, MdB Grüne:

„Wir Bündnisgrüne lehnen die Rekrutierung von Minderjährigen in der Bundeswehr schon lange ab. Deutschland sollte sich den mehr als 150 Staaten anschließen, die bereits den internationalen 18-Jahre-Rekrutierungs-Standard einhalten. Nur wenn wir den Schutz der Minderjährigen in Deutschland ernst nehmen, können wir uns glaubwürdig gegen die Rekrutierung von Kindersoldat:innen und für Verpflichtung aus der UN-Kinderrechtskonvention einsetzen.“